



Zum Auftakt eine Besetzung

**In der Tarifrunde der Länder läuft nicht alles nach Drehbuch – von
Marvin Hopp***

In: *express* 10/2021

Am 8. Oktober sind die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der Länder und den Gewerkschaften ver.di und GEW gestartet. In das Einzugsgebiet des Tarifvertrags der Länder fallen über 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte, 48.000 Auszubildende und rund 1,2 Millionen Beamt:innen. Nach Jahrzehnten der Sozialpartnerschaft spitzen sich auch in diesem Bereich die Konflikte weiter zu. So gehen die Arbeitgeber, vertreten durch die Finanzminister:innen der Länder (außer Hessen), auch dieses Jahr wieder mit Gegenforderungen in die Tarifrunde und fordern eine Anpassung des sogenannten Arbeitsvorgangs, welche u.a. mit Rationalisierungspotentialen auf Basis der Digitalisierung von Verwaltungstätigkeiten gerechtfertigt wird. Dies bedeutet am Ende nicht weniger als eine Heruntergruppierung von Beschäftigten, die schon jetzt im Bereich der unteren Lohngruppen tätig sind. Konkret: Die wollen, dass unsere Kolleg:innen weniger Lohn erhalten. Dem gegenüber stehen die Forderungen der Gewerkschaften nach fünf Prozent mehr Gehalt, jedoch einem Mindestbetrag von monatlich 150 Euro, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten; außerdem geht es um eine Erhöhung der Tabellenentgelte für Beschäftigte, die Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikant:innen um 100 Euro monatlich und die der Beschäftigten im Gesundheitswesen um 300 Euro monatlich. Ebenfalls dabei ein größerer Katalog an sogenannten »Erwartungshaltungen« an die Arbeitgeber, zu denen auch eine Verhandlungsverpflichtung über einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TVStud) gehört. In Anbetracht eines geringen Organisationsgrades auf gewerkschaftlicher Seite und immer konfrontativer auftretenden Verhandeln auf Seiten der Arbeitgeber:innen sowie der sich anbahnenden Frage der Finanzierung der Corona-Krisenlasten scheinen die routinierten Spielweisen erneut auf die Probe gestellt zu sein.

Einen anderen Weg gingen daher Beschäftigte und Studierende der Hamburger Hochschulen, welche am 11. Oktober das neue Präsenzsemester mit einer Hörsaal-Besetzung in der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) begannen. Kurzerhand wandelten sie den Hörsaal in ein Streikcafé um, luden alle Statusgruppen der Hochschule ein, mitzumachen; stellten verbindende Forderungen für Studierende und Beschäftigte auf und versprachen zu bleiben, bis die Hochschule ihnen einen geeigneten Ort geben würde, an dem sie ihre Austausch- und Organisationsaktivitäten fortsetzen können. Mit Erfolg. Inzwischen sind die Besetzer:innen in einen Raum umgezogen, den sie dauerhaft als Streikcafé betreiben können. Von dort aus starten sie u.a. regelmäßige Bürorundgänge und versuchen Beschäftigte sowie Studierende für erste Warnstreiks und für mittelfristig anstehende Erzwingungsstreiks zu gewinnen.

Anstoß für diese Aktion war die sogenannte TVStud-Bewegung. TVStud, das steht für »Tarifvertrag Studentische Beschäftigte«. In dieser Basisinitiative organisieren sich seit Jahren Studentische Beschäftigte, die als Hilfskräfte und Tutor:innen an den Hochschulen arbeiten. Im ganzen Bundesgebiet trifft dies Schätzungen zufolge auf über 300.000

Arbeitsverhältnisse zu. Was sie eint, sind fehlende Mitbestimmungsrechte und der Ausschluss vom Geltungsbereich des Tarifvertrags der Länder. Schlechte Bezahlungen (weit) unterhalb von zwölf Euro und Kettenbefristungen sind auf Basis dieser Rahmenbedingungen an der Tagesordnung. Nicht einmal die hohe Marktmacht der Studierenden im Bereich der Naturwissenschaften (z.B. Informatik) konnte bisher an diesen Bedingungen grundsätzlich etwas verändern. Ohne Personalvertretung und mit Arbeitsverhältnissen, die zumeist auf zwei bis maximal sechs Monate befristet sind, könnten die Bedingungen zum Aufbau einer Streikbewegung daher schlechter nicht sein. Dem zum Trotz ist hier aktuell jede Menge Bewegung drin.

Nachdem es 2018 in Berlin, dem einzigen Bundesland, in dem es sowohl einen Tarifvertrag als auch das Recht auf eigene Personalvertretung für Studentische Beschäftigte gibt, erneut gelang, einen verbesserten TV-Stud zu erkämpfen, schwappte die Bewegung auf andere Bundesländer über. So gründeten sich in Bremen und Hamburg Basisinitiativen, die es ihren Kolleg:innen in Berlin mittels Organizing-Ansätzen nachmachen wollten. Anfang des Jahres gelang es ihnen, eine bundesweite Vernetzung aufzubauen (express, Nr. 3-4/2021), und sie starteten mit »#KeineAusnahme – Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Studentischer Beschäftigter« ihre erste bundesweite Kampagne (siehe www.tvstud.de). In der Folge gründeten sich in über 25 Städten neue Initiativen und insbesondere die Bewegungen in Bremen, Hamburg und Göttingen hatten einen großen Zulauf an neuen Aktiven und Gewerkschaftsmitgliedern zu verzeichnen. Auf Basis dieser erfreulichen Entwicklung konnte am 26. August die Bundestarifkommission davon überzeugt werden, den TVStud auf die Agenda für die Tarifrunde der Länder zu setzen. Dies hat nun zur Folge, dass mancherorts erstmals Studentische Beschäftigte in den Arbeitskampf treten. Gemeinsam erwarten ver.di und GEW von den Arbeitgeber:innen eine Verhandlungsverpflichtung zur Tarifierung der Studentischen Beschäftigten. Diese verschanzen sich hinter einem gemeinsamen Beschluss, der es den einzelnen Bundesländern untersagt, auf eigene Faust einen vergleichbaren Tarifvertrag wie in Berlin abzuschließen. Insbesondere die Bundesländer Bremen und Hamburg verstecken sich hinter diesem Commitment und verweigern auf lokaler Ebene die Aufnahme von Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Wer glaubt, mit Rot-Grün und Rot-Rot-Grün kommt die Sozialpartnerschaft zurück, der wird anhand dieses Beispiels einmal mehr eines Besseren belehrt.

Es bleibt daher zu hoffen, dass die Bewegung im Rahmen des laufenden Tarifkonflikts noch mehr an Zulauf gewinnen wird, um auch ohne ein positives Verhandlungsergebnis die Auseinandersetzung vor Ort weiter zu treiben. Denn bekanntermaßen gilt dort, wo kein Tarifvertrag existiert, auch keine Friedenspflicht. Und wie die TVStud-Aktiven in Hamburg bereits bewiesen haben, ticken die Uhren bei den Aktiven anders, die Bereitschaft zum Gang neuer Wege in der Konfliktführung ist offensichtlich sehr hoch.

** Marvin Hopp ist Zerspanungsmechaniker und Sozialökonom, war Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung und der IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei Volkswagen. Aktuell studiert er in Göttingen und engagiert sich u.a. bei TVStud in Hamburg.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12